

DEMONSTRATION

„SOLIDARITÄT STATT RASSISMUS - 10 Jahre Zwangsmassnahmen sind genug!“

Samstag ★ 05.02.05 ★ 13:30 Uhr ★ Hechtplatz ★ Zürich

(Limmatquai / Nähe Bellevue. Ab Hauptbahnhof mit Tram 4 bis Haltestelle „Helmhaus“)

Am 1. Februar 2005 sind die sogenannten „Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht“ seit zehn Jahren in Kraft. Wir blicken zurück auf ein Jahrzehnt der Sondergesetze und Hetze gegen MigrantInnen, ein Jahrzehnt systematischen Abbaus und systematischer Aushöhlung grundlegender Menschenrechte und des Rechts auf Asyl. Die Zwangsmassnahmen ermöglichten unter anderem, dass jemand bis zu neun Monate in Ausschaffungshaft gesetzt werden konnte, ohne eine Straftat begangen zu haben oder die Ausgrenzung aus einem definierten Gebiet (das sogenannte Rayon-Verbot). Seither gab es weitere Verschärfungen und Einschränkungen, welche katastrophale Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Betroffenen hatten und haben.

Die europäische Migrationspolitik fordert ihren blutigen Tribut. Jährlich sterben Tausende von Menschen auf ihrem Weg in Richtung „Festung Europa“. Genaue Zahlen sind nicht bekannt. Die Einen fliehen vor Krieg, Diskriminierung, sexueller Unterdrückung und Verfolgung, die Anderen aus Armut, Hunger und auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben. Ihre Armut bedeutet unser Reichtum. Durch Globalisierung und kapitalistische Ausbeutung ihrer Existenzgrundlagen beraubt, bleibt ihnen oft keine andere Alternative als ihre Heimat zu verlassen. Aber auch in der Schweiz fordert diese Abschottungspolitik immer mehr Menschenleben. Ausschaffung und Abschreckung um jeden Preis heisst die zynische Devise. Tote bei Ausschaffungen, Selbstmorde, Todesfälle auf Grund der Verweigerung von medizinischer Nothilfe und Todesfälle unter ungeklärten Umständen gehören inzwischen zur traurigen Realität. Die breite Öffentlichkeit und die Politik scheint dies aber nicht wirklich zu interessieren.

Diejenigen, welche es geschafft haben hierher zu kommen und um Schutz nachsuchen, werden schikaniert, kriminalisiert und mit allen Mitteln aus der Gesellschaft und dem sozialen Leben ausgeschlossen. Ziel ist, die Schweiz für Flüchtlinge möglichst unattraktiv zu machen. Ausschaffungshaft, Sozialhilfestopp, Verweigerung der medizinischen Grundversorgung, Luftschutzbunker als Unterkünfte und Arbeitsverbote sind nur einige der Instrumente dieser „Maschinerie der Abschreckung und Ausgrenzung“. Der existenziellen Grundlage und eines sicheren Aufenthaltsstatus beraubt, bleibt oft nur der Weg in die Illegalität. Sie, welche für unerwünscht erklärt wurden, werden zum Spielball von einer immer demagogischer werdenden Politik, schuldig erklärt für alles „Böse“ in der Schweiz. Bundesrat Blocher erklärt den Notstand, forderte vor ein paar Wochen sogar die Ausweitung der Ausschaffungshaft auf unbestimmte Zeit - obwohl dies internationalen Menschenrechtskonventionen widerspricht - und ertete dafür tosenden Applaus.

Nichtsdestotrotz kämpfen in der Schweiz jeden Tag Tausende von „Sans-Papiers“ und abgewiesene Asylsuchende ums Überleben und ein Bleiberecht. Ihnen gilt unsere Solidarität und unser Respekt. Es ist nötiger den je, diese Menschen in ihrem alltäglichen Kampf zu unterstützen. Aus diesem Grund wollen wir – antirassistische, migrantische und politische Organisationen – am 5. Februar 2005 gemeinsam auf die Strasse gehen. Wir wollen ein lautstarkes und klares Zeichen gegen diese menschenverachtende Politik und den rassistischen Konsens in der Schweiz setzen. Wir wollen und können nicht mehr länger die Lügen der Politik und das Schweigen der Mehrheit in diesem Land akzeptieren!

- **Kein Mensch ist illegal! Gleiche Rechte für alle!**
- **Schluss mit der rassistischen Hetze gegen Flüchtlinge!**
- **Für eine solidarische und menschenwürdige Asylpolitik!**

Die Demonstration wird von folgenden Gruppen organisiert:

augenauf Schweiz - Colectivo sin papeles Zürich - International Union of Refugees (IUR) - Demokratische Vereinigung der Flüchtlinge (DVF) - Iranian Union of Refugees (IUR) - Sankofa - CRAN - Sudan Youth Union - RAJO (neue Hoffnung für Somalia) - Socialist Party of Iran (SPI) – Progressive Women Organisation (PWO) - Solidarité sans frontières - Infoladen Kasama - Freiplatzaktion - AL/PdA - Juso Zürich - Grüne Partei Stadt Zürich - AG Wegweisung - die Karawane - Freie ArbeiterInnen Union (FAU) – KuZeB Bremgarten und Einzelpersonen